

ö f f e n t l i c h e

N i e d e r s c h r i f t Nr. HA/010/22

über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Emmendingen am Donnerstag,
dem 17.11.2022 im Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 14:05 Uhr

Ende: 16:40 Uhr

Tagesordnung:

Drucksache

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1 | Fragen von Einwohner_innen | |
| 2 | Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses Nr. HA/009/22 der Stadt Emmendingen am 13.10.2022 | |
| 3 | Zustimmung zur Annahme von Spenden | 0014/22/7 |
| 4 | Haushaltsanträge der Fraktion 2023: Gesamtübersicht | 0070/22 |
| 5 | Haushaltsantrag 0070-1/22 SPD: Einsatzjacken Feuerwehr | 0070-1/22 |
| 6 | Haushaltsantrag 0070-2/22 FWV: Solarpaneelen auf Parkplätzen | 0070-2/22 |
| 7 | Haushaltsantrag 0070-3/22 CDU/SPD: Unterführung Lindenweg | 0070-3/22 |
| 8 | Neufassung der Parkgebührenordnung - Erhöhung Parkgebühren und Verlängerung der Befreiung für Car-Sharing-Fahrzeuge | 0129/22/1 |
| 9 | Jahresabschluss 2021 der Städtischen Wohnbaugesellschaft Emmendingen mbH - Stimmbindung | 0176/22 |
| 10 | Verbandsversammlung Abwasserzweckverband Untere Elz - Stimmbindung - | 0177/22 |
| 11 | Bekanntgaben der Verwaltung | |
| 12 | Fragen von Einwohner_innen | |
| 13 | Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung | |

Anwesenheit:

Der Vorsitzende

Herr Stefan Schlatterer

Die Stadträte

Herr Guido Elsen

Herr Thomas Fechner

Frau Ute Haarer-Jenne

Frau Angela Hauser

Herr Andreas Heidinger

Herr Tobias Limberger

Frau Ulrike Mertz

Herr Joachim Saar

Herr Christian Schuldt

Herr Martin Zahn

Herr Andreas Zai

Vertretung für SR Bleckmann

Der Schriftführer

Herr Julian Finkbeiner

Die Ortsvorsteher

Frau Carola Euhus

Herr Karl Kuhn

Herr Rainer Lupberger

Herr Felix Schöchlin

Herr Heinz Sillmann

Die Fachbereichsleiter

Herr Uwe Ehrhardt

Herr Alexander Kopp

Frau Natascha Thoma-Widmann

Die stellv. Fachbereichsleiter

Jonathan Becker

Die städtischen Fachvertreter

Frau Inna Breitenfeld

Herr Peter Dengler

Frau Tina Klerx

Die Geschäftsführer

Frau Kathrin Hensle

Oliver Keuer

Abwasserzweckverband Untere Elz

Abwasserzweckverband Untere Elz

Abwesend waren:

Die Stadträte

Herr Benedikt Bleckmann

Abwesend aus privatem Grund / Vertreten durch SR Schuldt

Frau Katja Müller-Bütow

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Tagesordnung dem Hauptausschuss form- und fristgerecht zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist.

- TOP 1 - Fragen von Einwohner_innen

Es werden keine Fragen von Einwohner_innen gestellt.

**- TOP 2 - Niederschrift über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses Nr. HA/009/22 der Stadt
Emmendingen am 13.10.2022**

Gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses Nr. HA/009/22 der Stadt Emmendingen am 13.10.2022 werden keine Einwendungen erhoben, infolgedessen gilt sie als genehmigt.

- TOP 3 - Zustimmung zur Annahme von Spenden

0014/22/7

Der Annahme von Spenden wird zugestimmt, da kein Widerspruch seitens des Gremiums erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Annahme der Spenden.

ungeändert beschlossen

- TOP 4 - Haushaltsanträge der Fraktion 2023: Gesamt- 0070/22
übersicht

Fachbereichsleiter Kopp stellt die Gesamtübersicht der eingegangenen Haushaltsanträge, die Änderungsliste zum Haushalt 2023 sowie die Ergebnisse der November-Steuerschätzung vor.

SR Zahn bittet um kurze Erläuterung hinsichtlich der 20.000 Euro für die Organisation der Delegationsreise nach Gurs.

OB Schlatterer informiert über eine Arbeitsgemeinschaft badischer Städte und Gemeinden zur Pflege des Friedhofes in Gurs. Hierzu findet einmal jährlich eine Delegationsreise statt, um den damals nach Gurs verschleppten Juden zu Gedenken. Die federführende Organisation führt dabei ein Büro aus Karlsruhe, wobei eine Gemeinde die Leitung der Delegation übernehmen muss.

Fachbereichsleiterin Thoma-Widmann ergänzt, dass man die diesjährige Delegationsreise dazu genutzt hat, sich bei den bisherigen Delegationsleitern über den Kostenumfang zu informieren. Dabei ist mit Kosten von rund 20.000 Euro zu rechnen. Der größte Teil stellen die Reise- und Hotelkosten dar.

SR Schuldt fragt nach, ob es denkbar ist auf eine Reise mit dem Flugzeug zu verzichten oder alternativ Baumpflanzungen als Ausgleich vorzunehmen.

OB Schlatterer erklärt, dass ein Großteil der Delegation aus Zeitgründen mit dem Flugzeug an- und abreist. In den vergangenen vier Jahren wurden laut Herr Kopp, jährlich rund 1.500 neue Bäume gepflanzt.

SR Schuldt stellt als Fraktionsvorsitzender der Grünen mündlich folgende Haushaltsanträge zum Haushalt 2023:

1. Planungsmittel für die Lindenwegunterführung in Höhe von 250.000 Euro.

Sachverhalt:

Im Haushalt 2022 waren über den Investitionsauftrag I54107020501 über 250.000 Euro, u.a. Mittel für die Umgestaltung der Lindenwegunterführung eingestellt. Die Ausschreibung für den Umbau hat als kostengünstigstes Angebot ein Ergebnis von 425.000 Euro ergeben, welches das Gesamtbudget für den Fuß- und Radwegebau für 2022 erheblich überschritten hätte. Daraufhin musste der Stadtrat in der Sitzung am 28.06.2022 folgerichtig eine weitere Kostenübernahme ablehnen. Der Umbau der Lindenwegunterführung kann jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden: Bereits in den Planungen für das aktuelle Radverkehrskonzept 2013/2014, ist dies von der Polizei als Unfallschwerpunkt angegeben worden. Diese Situation hat sich, aufgrund der Zunahme des Radverkehrs seither, weiterhin verschlechtert. Aufgrund der Verkehrssicherungspflicht der Stadtverwaltung besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf – zumal dies ein wichtiger Schulweg ist. Deshalb wird die Übernahme der in 2022 veranschlagten Kosten nach 2023 für weitere Planungen beantragt. Dabei sind insbesondere die Aufnahme in Förderprogramme von Bund und Land zu prüfen.

Deckung:

Erfolgt über die Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand aus dem Jahr 2023, ggf. ist mit einer höheren Kreditaufnahme in 2024 zu rechnen.

2. Baumstiftung zur Geburt jeden Emmendinger Kindes im öffentlichen Raum

Sachverhalt:

Viele Städte und Gemeinden (u.a. Freiburg und Teningen) schenken Neugeborenen, bzw. deren Eltern, einen Baum zur Geburt. Diese schöne Tradition spielt insbesondere in Zeiten des Klimawandels eine immer wichtigere Rolle. Bei ca. 300 Gebur-

ten/Jahr und Kosten von ca. 50 Euro/Baum, werden max. 15.000 Euro/Jahre (inkl. ggf. Bauhofleistungen) hierfür beantragt.

Deckung:

Erfolgt über die Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand aus dem Jahr 2023, ggf. ist mit einer höheren Kreditaufnahme in 2024 zu rechnen.

3. Digitalisierungsmaßnahme der Karl-Friedrich-Schule (SBBZ)

Sachverhalt:

In der KFS fehlt die für einen digitalen Unterricht notwendige Infrastruktur (WLAN). Zumindest diese sollte zur Verfügung gestellt werden. Kosten belaufen sich auf ca. 50.000 Euro.

Deckung:

Erfolgt über die Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand aus dem Jahr 2023, ggf. ist mit einer höheren Kreditaufnahme in 2024 zu rechnen.

OB Schlatterer unterbricht die Sitzung für fünf Minuten, um über die Zulässigkeit der Anträge zu beraten.

Zu 1: Antrag zulässig

Zu 2: Antrag unzulässig, da Baumpflanzungen im Ergebnishaushalt zu buchen sind und daher eine Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand nicht möglich ist.

Zu 3: Fachbereichsleiterin Thoma-Widmann informiert, dass man davon ausgeht, dass der Antrag Ende des Jahres bereits überholt ist, da man bereits seit Juni 2021 daran arbeitet. Leider kam es bis dato zu Verzögerungen beim zuständigen Dienstleister, welchen man mittlerweile jedoch gewechselt hat und nun auf eine zeitnahe Fertigstellung in 2022 durch den neuen Dienstleister hofft.

Aus diesem Grund bittet OB Schlatterer die Fraktion der Grünen den Antrag zurückzuziehen. **Im Gegenzug verpflichtet sich die Verwaltung über die Umsetzung zu berichten.**

Die Fraktion der Grünen zieht ihren Antrag zur Digitalisierungsmaßnahme der SBBZ daraufhin zurück.

Information:

Die eingegangenen Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2023 sind unter den Sitzungsvorlagen 0070-1/22 bis 0070-3/22 angeführt.

Über den jeweiligen Haushaltsantrag der Fraktionen (HH-Antrag) wird entsprechend der Formulierung der jeweiligen Fraktion entschieden. Sofern Fraktionsanträge zum Haushalt zum selben Thema gestellt wurden, wird über den weitreichenderen Antrag zuerst abgestimmt.

**- TOP 5 - Haushaltsantrag 0070-1/22 SPD: Einsatzjacken 0070-1/22
Feuerwehr**

Fachbereichsleiter Kopp führt in die Thematik zum Haushaltsantrag der SPD ein.

SRin Hauser begründet den Antrag für die Fraktion der SPD. Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen. Ihr stellt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt und wie lange die Trageversuche seitens der Feuerwehr andauern sollen? Ferner ist unklar, welche Auswirkungen die Trageversuche auf eine Beschaffung im Haushaltsjahr 2023 haben?

Fachbereichsleiter Ehrhardt erläutert, dass sich Trageversuche bei Feuerwehren aufgrund der unterschiedlichen Einsatzszenarien sehr bewährt haben. Dabei werden die Hersteller aufgefordert der Feuerwehr Muster zur Verfügung zu stellen, um die Einsatzjacken auf Tauglichkeit in den unterschiedlichen Einsatzszenarien zu überprüfen. Dies setzt logischerweise einen Sommer voraus, jedoch gibt es auch andere Möglichkeiten, um die Jacken zu anderen Jahreszeiten zu testen. Eine zeitnahe Beschaffung ist selbstverständlich das Ziel. Aufgrund der Verfügbarkeiten kann es allerdings zu Verzögerungen kommen.

Fachbereichsleiter Kopp ergänzt, dass die notwendigen Mittel in das Haushaltsjahr 2024 übertragen werden, sollte eine Beschaffung in 2023 nicht möglich sein.

SR Zahn bestätigt die Notwendig- und Sinnhaftigkeit solch leichter Einsatzjacken. Er möchte wissen wie es um die Zulässigkeit des Antrages steht, da sich die Schlüsselzuweisungen erhöhen werden, diese allerdings an anderer Stelle eingesetzt und benötigt werden.

Fachbereichsleiter Kopp spricht von einem Graubereich, da der Antrag zu einem Zeitpunkt gestellt wurde, als noch nicht klar war wie sich die Schlüsselzuweisungen entwickeln werden. Aus diesem Grund würde er den Antrag auch nicht zurückweisen.

Haushaltsantrag der Fraktion SPD zum Haushalt 2023:

Die Stadt Emmendingen beschafft für die Feuerwehr leichte Einsatzjacken.
(Gesamtkosten Stand 8/22 ca. 55.000 €)

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

ungeändert beschlossen

**- TOP 6 - Haushaltsantrag 0070-2/22 FWV: Solarpaneele 0070-2/22
auf Parkplätzen**

Fachbereichsleiter Kopp erläutert den Sachverhalt zum Haushaltsantrag der Freien Wähler.

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Martin Zahn, begründet den Antrag seitens der Fraktion und zeigt sich froh über die Stellungnahme der Verwaltung.

Der stellvertretende Fachbereichsleiter, Jonathan Becker, nimmt seitens des Fachbereiches 3 Stellung. Zunächst soll das Klimaanpassungskonzept abgewartet werden, um anschließend erst über die notwendigen Haushaltsmittel zu beraten. Aus diesem Grund werden keine Mittel benötigt.

SR Saar zeigt sich irritiert über die beantragten 100.000 Euro zur Umsetzung. OB Schlatterer erläutert nochmals, dass im ersten Schritt das Klimaanpassungskonzept abgewartet werden soll, um mögliche Standorte zu identifizieren. Anschließend werden diese dem zuständigen Gremium vorgestellt. Erst dann kann abschließend beziffert werden, wie viel Mittel zur Umsetzung benötigt werden. OB Schlatterer schlägt vor, den Antrag mit 3.000 Euro Planungsmittel zu versehen, um auch formal von einem Haushaltsantrag zu sprechen.

SR Saar erklärt, dass man den Antrag in dieser Form mittragen kann.

Haushaltsantrag der Fraktion Freie Wähler zum Haushalt 2023:

Öffentliche Parkplätze mit Solarpaneele/Solardächer bestücken. ~~Beginnen sollten diese Maßnahmen auf dem Bahnhofparkplatz in 2023.~~

Hierzu werden Planungsmittel in Höhe von 3.000 € im Haushalt 2023 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

geändert beschlossen

- TOP 7 - Haushaltsantrag 0070-3/22 CDU/SPD: Unterführung Lindenweg 0070-3/22

Fachbereichsleiter Kopp erläutert den Sachverhalt zum Haushaltsantrag der CDU/SPD sowie dem mündlich gestellten Haushaltsantrag der GRÜNEN. Da der Antrag der GRÜNEN weitreichender ist, wird über diesen Antrag im Anschluss an die Beratung als Erstes abgestimmt.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Joachim Saar, begründet den Antrag für die Fraktionen der CDU und SPD.

Im Anschluss nimmt der stellvertretende Fachbereichsleiter, Jonathan Becker, Stellung seitens des Fachbereiches 3.

SR Elsen unterstützt das Vorhaben der Grünen, die Lindenwegunterführung völlig neu zu überplanen. Aus seiner Sicht bringt die bisherige Planung keine erhöhte Sicherheit.

Herr Becker erwidert, dass durch die Neuplanung eine klarere Struktur zwischen dem Nutzungskonflikt der Radfahrer und Fußgänger geschaffen wird und eine übersichtlichere Zuwegung entsteht.

OB Schlatterer bittet im Anschluss darum, keine technischen Details zur Planung ausdiskutieren.

Aus Sicht von SR Schuldt macht es keinen Sinn für die bisherige Planung 400.000 Euro auszugeben, da keine Verbesserung für die beiden Nutzer entstehen würde. Diese Ansicht teilt auch SR Zai, da an der engsten Stelle keine Verbesserung entsteht.

OB Schlatterer erwidert wiederum, dass durch die Planung des Fachbüros natürlich eine Verbesserung und erhöhte Sicherheit geschaffen wird.

Mündlicher Haushaltsantrag der GRÜNEN:

Planungsmittel Lindenwegunterführung – Aufweitung

Der Stadtrat beschließt Planungsmittel zur Aufweitung der Lindenwegunterführung einzustellen. Dabei sind insbesondere Fördermittel von Seiten des Landes Baden-Württemberg oder des Bundes zu prüfen und zu beantragen.

Haushaltsantrag der Fraktionen CDU und SPD zum Haushalt 2023:

Die Maßnahme Unterführung Lindenweg wird im HH Jahr 2023 umgesetzt

Abstimmungsergebnis Antrag GRÜNE:

SB	Ja	Nein	Eh
12	6	6	0

abgelehnt

Abstimmungsergebnis zum Antrag der CDU und SPD:

SB	Ja	Nein	Eh
12	6	6	0

abgelehnt

- TOP 8 - Neufassung der Parkgebührenordnung - Erhöhung Parkgebühren und Verlängerung der Befreiung für Car-Sharing-Fahrzeuge 0129/22/1

Fachbereichsleiter Kopp erläutert den Sachverhalt zur geplanten Erhöhung der Parkgebühren.

SRin Haarer-Jenne schlägt vor, dass man die Parkgebühren turnusmäßig überprüft und berät, damit man nicht erneut 10 Jahre lang auf eine Erhöhung wartet. Herr Kopp erklärt, dass es aus Sicht der Verwaltung zwei Gründe zur Parkgebührenerhöhung gibt. Zum einen die Umsatzsteuerpflicht ab dem 01.01.23 sowie die jetzt doch sehr lange Zeit ohne eine Erhöhung der Parkgebühren. In der Vergangenheit wurden die Gebühren aus Sicht des Marketings und der Wirtschaftsförderung explizit nicht erhöht.

Auch SR Saar empfindet die Zeit ohne eine Erhöhung der Parkgebühren für zu lange. Der Vorschlag der CDU orientiert sich dabei an die 19 Prozent Mehrwertsteuer, die ab 01.01.23 erhoben werden müssen.

SR Schuldt stimmt der Aussage von Herrn Oberbürgermeister Schlatterer, dass die Diskussion um die Erhöhung am meisten Schaden angerichtet hat, zu. Wie bereits bei der Erhöhung der Kindergartengebühren, ist auch hier der Aufschrei umso größer, desto länger man mit einer Erhöhung wartet. Aus Sicht der Grünen kann man den Beschlussvorschlag 2 als Kompromiss mittragen. SR Schuldt beantragt darüber hinaus die turnusmäßige Überprüfung der Parkgebühren.

SR Zahn begrüßt die Diskussion, die man mit dem Gewerbe geführt hat und unterstützt daher ebenfalls den Vorschlag 2 als Kompromiss zwischen Verwaltung und Gewerbe.

SR Saar sieht den Vorschlag der CDU als Impuls für die geführten Gespräche zwischen Verwaltung und Stadt. Aus diesem Grund zieht die CDU ihren Antrag vom 16.10.2022 zurück.

SRin Hauser hätte sich in den letzten 10 Jahren mehr Werbung (kostengünstiges Parken) seitens des Einzelhandels gewünscht. Auf Seiten der SPD unterstützt man den Vorschlag Herr Schulds.

Beschlussvorschlag 1:

Der Stadtrat beschließt die beigefügte Satzung in der Variante 1 – wie am 13.10.2022 im Hauptausschuss vorgestellt.

Beschlussvorschlag 2:

Der Stadtrat beschließt die beigefügte Satzung in der Variante 2 – als Kompromiss beim Quartalsgespräch mit Handel und Gewerbe am 07.11.2022 erarbeitet.

Beschlussvorschlag 3:

~~Der Stadtrat beschließt die beigefügte Satzung in der Variante 3 – laut Antrag der CDU-Fraktion vom 16.10.2022.~~

Abstimmungsergebnis zu Variante 1:

SB	Ja	Nein	Eh
12	1	8	3

Abstimmungsergebnis zu Variante 2:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

Beschlussänderungsantrag durch die Fraktion der Grünen:

„Es erfolgt eine 3-jährige, turnusmäßige Überprüfung der Parkgebühren.“

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
12	11	0	1

geändert beschlossen

**- TOP 9 - Jahresabschluss 2021 der Städtischen Wohnbaugesellschaft Emmendingen mbH - Stimm-
bindung 0176/22**

Der Geschäftsführer der Städtischen Wohnbaugesellschaft Emmendingen mbH, Alexander Kopp, stellt den Jahresabschluss 2021 vor.

SR Limberger fragt nach, ob im Jahresabschluss 2021 die Maßnahme Neubronnstraße enthalten ist oder erst im nächsten Jahresabschluss abgerechnet wird?

Herr Kopp informiert, dass die Maßnahme im Sommer dieses Jahres abgeschlossen wurde. Da noch Zahlungen fällig sind, wird sich die Maßnahme erst im kommenden Jahresabschluss abbilden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung am 17.11.2022 folgendermaßen abzustimmen:

1. Dem Jahresabschluss 2021 wird zugestimmt.
2. Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 118.852,49 € ab.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 118.852,49 € wird als Verlustvortrag auf die neue Rechnung vorgetragen. Verrechnet mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. 944.200,92 € verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 825.348,43 €.
4. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

SB	Ja	Nein	Eh
11	11	0	0

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 und 3:

SB	Ja	Nein	Eh
11	11	0	0

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4:

SB	Ja	Nein	Eh
9	9	0	0

Der Aufsichtsratsvorsitzende, OB Schlatterer, sowie Aufsichtsrat Fechner erklären sich bei Punkt 4 für befangen. Die 1.OB-Stellvertreterin, Ute Haarer-Jenne, übernimmt den Vorsitz während der Abstimmung zu Punkt 4

SR Saar befindet sich während der Abstimmungen nicht im Sitzungssaal.

ungeändert beschlossen

**- TOP 10 - Verbandsversammlung Abwasserzweckverband 0177/22
Untere Elz - Stimmbindung -**

Die kaufmännische Geschäftsführerin des Abwasserzweckverbandes, Katrin Hensle, stellt den Jahresabschluss 2021, den Wirtschaftsplan 2023 sowie die geplanten Satzungsänderungen vor. Anschließend erfolgt der technische Bericht durch den technischen Geschäftsführer, Oliver Keuer.

SR Limberger informiert sich zum Posten der sonstigen Ausgaben in der GuV, da dieser sehr hoch ist, obwohl man versucht, diesen doch so gering als möglich zu halten. Er schlägt vor, die einzelnen Positionen im kommenden Jahr differenziert darzustellen.

Frau Hensel nimmt die Anregung für das kommende Jahr auf und erklärt, dass der Kontenplan diese Zuordnung vorgibt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den städtischen Vertreter in der Verbandsversammlung am 17.11.2022 folgendermaßen abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 wird gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 EigBG in nachfolgender Form festgestellt:

Bilanz

Aktivseite

Anlagevermögen	11.098.675,35 EUR
Umlaufvermögen	391.893,71 EUR
Bilanzsumme Aktiva	11.490.569,60 EUR

Passivseite

Eigenkapital	1.926.667,39 EUR
Sonderposten Baukostenzuschüsse	0,00 EUR
Rückstellungen	289.344,67 EUR
Verbindlichkeiten	9.274.557,00 EUR
Bilanzsumme Passiva	11.490.569,06 EUR

Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge	2.747.024,89 EUR
Aufwendungen	2.747.024,89 EUR

Jahresüberschuss/-fehlbetrag **0,00 EUR**

2. Die Geschäftsführung wird gem. § 16 Abs. 3 Satz 2 Ziff. 3 EigBG entlastet.
3. Den Satzungsänderungen wird zugestimmt.
4. Dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wird in nachfolgender Form zugestimmt:

§ 1 Erfolgsplan

Erträge	3.512.265 €
- Aufwendungen	-3.512.265 €
= Jahresgewinn	= 0 €

§ 2 Liquiditätsplan

Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	3.509.865 €
- Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	-2.610.560 €

a) = Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Geschäftstätigkeit =	899.305 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.400 €
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-6.785.000 €
b) = Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	= -6.782.600 €
c) = a) + b) = Finanzierungsmittelbedarf	-5.883.295 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.750.000 €
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-581.000 €
d) = Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	= 6.169.000 €
e) = c) + d) = Saldo des Liquiditätsplans	285.705 €

§ 3 Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen

a) Vorgesehene Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung)	6.750.000 €
b) die vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen)	6.100.000 €

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 600.000 €

5. Der technische Bericht wird als Information zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3:

SB	Ja	Nein	Eh
11	11	0	0

SR Saar befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4:

SB	Ja	Nein	Eh
12	12	0	0

ungeändert beschlossen

- TOP 11 - Bekanntgaben der Verwaltung

Seitens der Verwaltung gibt es keine öffentlichen Bekanntgaben.

- TOP 12 - Fragen von Einwohner_innen

Es werden keine Fragen von Einwohner_innen gestellt.

- TOP 13 - Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

SRin Hauser fragt vor dem Hintergrund der Wohngeldreform nach, ob das aktuelle Personal im Referat ausreichend ist und wie lange die Bearbeitungszeit bei vollständigen Unterlagen beträgt?

Fachbereichsleiter Ehrhardt informiert, dass die Wohngeldreform die Verwaltung tatsächlich vor große Herausforderungen stellt. Aktuell geht man von einer 2,5-3-fachen Anzahl an Anträgen aus. Wie sich die tatsächliche Anzahl jedoch entwickeln wird, muss abgewartet werden. Aus diesem Grund hat man sich dazu entschieden, vorab keine weiteren Stellen zu beantragen.

SR Schuldt moniert den unzulässigen Haushaltsantrag „Baumstiftung“. Nach der ersten Mitteilung der Verwaltung, dass der Antrag unzulässig ist, hat man der Verwaltung heute einen modifizierten Deckungsvorschlag unterbreitet, der immer noch unzulässig ist. Das Vorgehen findet er daher sehr unglücklich.

OB Schlatterer erwidert, dass lediglich die Darstellung Herr Schuldts unglücklich ist. So hat man alle Fraktionen mit unzulässigen Anträgen angeschrieben und ihnen die Möglichkeit eröffnet, einen neuen, zulässigen Deckungsvorschlag zu unterbreiten. Von dieser Möglichkeit wurde jedoch kein Gebrauch gemacht. Des Weiteren hat man allen Fraktionen Hilfestellung bei den Deckungsvorschlägen angeboten, die ebenfalls nicht in Anspruch genommen wurde.

Fachbereichsleiter Kopp ergänzt dahingehend, dass eine Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand für die Erhöhung von Aufwendungen im Ergebnishaushalt, unzulässig ist.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 16:40 Uhr.

Schriftführer:

Datum Julian Finkbeiner

Der Vorsitzende:

Datum Stefan Schlatterer

Die Mitglieder:

Datum Unterschrift

Datum Unterschrift